Statement Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin Diakonie Katastrophenhilfe

Jahres-Pressekonferenz Diakonie Katastrophenhilfe am 15. Juli 2026 - Es gilt das gesprochene Wort.

Ich begrüße Sie herzlich zur Jahres-Pressekonferenz der Diakonie Katastrophenhilfe.

Es ist ein besonderer und denkwürdiger Tag, der diesen Monat ansteht: Die **Genfer Flüchtlingskonventionen feiern** am 28. Juli 75-jähriges Jubiläum. Die Konventionen stehen für den in Recht gegossenen **Schutz von Menschen**, die vor Krieg, Vertreibung, Verfolgung und Elend fliehen müssen. Sie entstanden als Antwort auf das Leid zweier Weltkriege. Sie garantieren vertriebenen Menschen zu jeder Zeit ein Mindestmaß an Menschlichkeit und machen Rechte auch inmitten von Chaos und größter Verletzlichkeit geltend. Das ist ihr Anspruch und unser aller Aufgabe. **Sie sind eine große humanitäre Errungenschaft!**

Heute gelten laut UN-Flüchtlingswerk fast 118 Millionen Menschen als Vertriebene. Die meisten sind im eigenen Land auf der Flucht, oder sie suchen Schutz meist in benachbarten Ländern. Es sind fast sechs Millionen weniger als 2024. Doch diese Zahl bedeutet keine Erleichterung. Der Hauptgrund für den Rückgang ist eine massive Zunahme von Zurückkehrenden, die das in großen Teilen nicht freiwillig tun oder in unsichere Regionen zurückkehren.

Zum Beispiel Afghanistan: Allein im vergangenen Jahr mussten mehr als eine Million geflohene Afghaninnen und Afghanen das Nachbarland Pakistan wieder verlassen und in ihr Land zurückkehren. Auch der Iran schickt afghanische Geflüchtete zu Hunderttausenden zurück, deren Lage sich durch den Krieg im Iran noch zusätzlich verschärft hat. Damit ist für Frauen und Mädchen ein Leben in Würde unmöglich. Mädchen dürfen in Afghanistan nicht zur Schule, Frauen dürfen nicht ohne männliche Begleitung das Haus verlassen. Hunger ist eine weitere lebensbedrohliche Realität. Und genau deshalb sind wir vor Ort: Ein Hilfsprojekt der Diakonie Katastrophenhilfe im Osten Afghanistans stellt Bargeldhilfen bereit und berät in der Landwirtschaft, damit 25.000 zurückkehrende Menschen eine Grundlage zum Leben haben und aufnehmende Gemeinden entlastet werden. Dort im Osten schwelt außerdem ein bewaffneter Grenzkonflikt. Gerade erst vor zwei Wochen hat die pakistanische Armee erneut Ziele in Afghanistan angegriffen. Dutzende Zivilisten sollen laut Angaben der UN-Mission UNAMA

getötet worden sein. Doch davon nehmen wir hier kaum Notiz. Die erzwungene Rückkehr nach Afghanistan ist ein Verstoß gegen das völkerrechtlich verankerte Abschiebeverbot. Was es mit Sicherheit nicht ist: eine freiwillige Rückkehr.

Subtiler ist der steigende Druck, dem Menschen in Flüchtlingscamps in vielen Ländern ausgesetzt sind. Fast eine Million Geflüchtete aus dem Sudan haben Schutz im **Tschad** gesucht. Sie sind vor den unvorstellbaren Grauen des Bürgerkriegs geflohen. Doch in den Camps werden die Menschen immer schlechter versorgt und fast 250.000 Menschen harrten 2025 im tschadischen Grenzgebiet außerhalb von organisierten Camps aus, bei immer schlechterer Versorgung. Vielen Familien bleibt nichts anderes übrig, als weiterzuziehen oder zurückzugehen. Was der Zivilbevölkerung dann im Sudan droht, haben wir vergangenes Jahr in Al -Faschir gesehen: Tausende Menschen wurden ausgehungert, Anwohner wie Schutzsuchende massakriert. Und heute? Unsere Partnerorganisation *Emergency Response Rooms*, die selbst freiwillig Helfende in Al-Faschir verloren hat, warnt eindringlich vor einer ähnlichen Situation in El-Obeid. Die Hauptstadt der Provinz Nord-Kordofan wird belagert und ist umkämpft. Dort lebt mehr als eine halbe Million Menschen. Die weltweite Öffentlichkeit bekommt diese Situation nicht mit und die internationale Politik ignoriert sie weitgehend**. Damit nimmt sie in Kauf, dass sich Geschichte wiederholt.**

Werden Menschen vor die Alternative gestellt, unter immer schlechteren Bedingungen zu leben, weil die internationalen Gelder für humanitäre Hilfe sinken, oder in lebensgefährliche Kriegsgebiete zurückzukehren, dann ist Rückkehr keine freie Entscheidung. Das verletzt die Grundprinzipien des internationalen Flüchtlingsschutzes. Es ist eine Wahl zwischen Not und Elend in einer Welt, in der die Zivilbevölkerung in Kriegen immer mehr zum Opfer wird.

Die Facetten dieser Kriege sind zahlreich: In der Ukraine und Russland kommen immer öfter Drohnenschwärme zum Einsatz. In vielen anderen Weltregionen treffen Raketen Wohngebiete, Krankenhäuser, Schulen und selbst humanitäre Helferinnen und Helfer auch weit hinter Frontlinien. **Allein 2025 wurden laut UN weltweit 326 humanitäre Helferinnen und Helfer getötet** – das dritte Jahr in Folge auf erschreckend hohem Niveau. Auch unsere Partner in Gaza und Sudan waren betroffen. **Menschen, die Leben retten wollen, werden selbst zu Opfern – durch Schüsse, Bomben und Drohnen.**

Eine besonders brutale Facette von Kriegen ist geschlechtsspezifische Gewalt, die Frauen und Mädchen erleiden müssen. Sie gehört zu den grausamsten Waffen. Sie zerstört Leben. Und sie hinterlässt Traumata, die oft über Generationen fortwirken. **Die Entwicklung ist erschütternd: Die Zahl konfliktbedingter sexualisierter Gewalt hat sich 2025 mit fast 10.000 Fällen weltweit verdoppelt.** Wohl gemerkt: registrierte Fälle. Geschätzt wird seitens der UN aber, dass die Dunkelziffer um das 10- bis 20-fache höher liegt. Ein paar Beispiele machen das Ausmaß deutlich:

Sudan: Der Bedarf an Unterstützung für Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt hat sich seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs 2023 vervierfacht. Laut UN Women benötigen 2026 mehr als 12 Millionen Frauen und Mädchen Unterstützung. **Demokratische Republik Kongo:** Allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2025 wurden **mehr als 80.000 Vergewaltigungen** gemeldet, viele dieser Fälle finden in Konfliktregionen statt. **Haiti:** Bewaffnete Banden terrorisieren ganze Gemeinschaften mit sexualisierter Gewalt, für die Betroffenen gibt es kaum medizinische Hilfe. **Ukraine:** Die UN dokumentiert konfliktbezogene sexualisierte Gewalt als Teil eines systematischen Unterdrückungs- und Bestrafungssystems durch russische Truppen.

Viele Projekte der Diakonie Katastrophenhilfe mit ihren Partnerorganisationen helfen Betroffenen dieser Gewalt medizinisch, beraten sie rechtlich oder begleiten sie psychologisch. Ein Projekt in der Demokratischen Republik Kongo ermöglicht Notfallbehandlungen für Mädchen und Frauen, bietet psychologische Beratung an oder vermittelt Überlebende an spezialisierte Dienste. Dies geschieht auch während der aktuellen Ebola-Epidemie, weil Gewalt nicht vor Gesundheitskrisen Halt macht. Das Projekt mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amts läuft noch bis Ende des Jahres, doch ob es weitergehen kann, hängt von öffentlichen Mitteln ab. **Werden humanitäre Hilfe gekürzt, Mittel umgeschichtet oder internationale Schutzprogramme geschwächt, sind solche Programme in Zukunft immer seltener möglich und die Folgen fatal**. **Die Kürzungen kosten Menschenleben und schwächen unsere Partner vor Ort, die schier Unglaubliches leisten.**

Und doch will die Bundesregierung im Haushalt 2027 an den massiven Kürzungen bei der Humanitären Hilfe aus dem vergangenen Jahr festhalten. Zusätzlich plant sie empfindliche Kürzungen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Krisenbewältigung, Wiederaufbau und Infrastruktur sollen im Vergleich zum Vorjahr

um knapp 39 Prozent gekürzt werden. Gesundheitsdienste zu stabilisieren oder die Wasserversorgung nach Krisen und Konflikten wiederherzustellen, wird immer schwieriger.

Vermutlich haben Sie sich schon gefragt, was es mit dem Behälter neben mir auf sich hat: Er steht für die finanzielle Kraft Deutschlands. Jede Glaskugel steht für eine Milliarde Euro im geplanten Bundeshalt 2027 von rund 555 Milliarden Euro. Und diese eine Kugel hier in meiner Hand steht für die Humanitäre Hilfe: 0,2 Prozent des Gesamtetats. **Ich bin mir sicher: Deutschland *kann* mehr leisten, Deutschland *muss* mehr leisten. Die Not, die wir tagtäglich sehen, kann niemanden kalt lassen.**

Das bestätigt auch unsere aktuelle YouGov-Umfrage, die wir Ende Juni durchgeführt haben: Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland unterstützt humanitäre Hilfe: Für 76 Prozent der Befragten ist sie wichtig oder sehr wichtig. 41 Prozent wünschen sich eine Erhöhung der finanziellen Mittel für Humanitäre Hilfe, sie wollen, dass Deutschland mehr als die geplanten 0,2 Prozent im Bundeshaushalt dafür ausgibt. Diese Zahlen zeigen: Viele Menschen hierzulande denken an die rund 300 Millionen Menschen, die weltweit in humanitären Notlagen sind, die Konflikten, Kriegen oder Naturkatastrophen ausgesetzt sind. Sie sind überzeugt, dass humanitäre Hilfe nötig ist und haben Vertrauen - auch in unsere Arbeit. Dazu zähle ich im Besonderen unsere vielen Spenderinnen und Spender, die die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützen und mit denen wir ein stabiles Spendenergebnis in 2025 erreicht haben.

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich nicht darin, wie sie handelt, wenn Frieden herrscht. Sie zeigt sich, wenn sie diejenigen schützt, die im Krieg alles verloren haben. Genau diese Verantwortung nimmt die Diakonie Katastrophenhilfe an – und hoffentlich auch die Bundesregierung.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

****

Bilanz 2025

Die Diakonie Katastrophenhilfe kann trotz erheblicher Kürzungen und globaler Einschnitte auf ein stabiles und somit erfolgreiches Jahr 2025 zurückblicken. Grund dafür sind unsere bereits erwähnten Spenderinnen und Spender. Die Spendeneingänge sind mit 29,9 Millionen Euro im

Vergleich zum Jahr 2024 nahezu gleichgeblieben. Dadurch konnten wir mit 113 lokalen, nationalen und internationalen Partnerorganisationen in 42 Ländern zusammenarbeiten. 65,2 Millionen Euro wurden im vergangenen Jahr in der Programmarbeit eingesetzt, um 75 Projekte im Bereich der Soforthilfe, der Katastrophenvorsorge oder beim Wiederaufbau umzusetzen. Der Anteil an Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung an der gesamten Mittelverwendung lag bei 13,4 Prozent und ist laut dem DZI-Spendensiegel angemessen.

Viele Menschen nahmen Anteil am Erdbeben in Myanmar und spendeten 3,6 Millionen Euro. Für Projekte in der Ukraine gaben die Menschen 2,2 Millionen Euro, gefolgt vom Sudan mit 1,4 Millionen Euro, die vor allem in die wertvolle Arbeit der *Emergency Response Rooms* geflossen sind. Sie erhielten übrigens den Alternativen Nobelpreis für ihre besondere Arbeit, was ich an dieser Stelle gerne erwähnen möchte.

Die Empfängerländer der höchsten Projektausgaben waren mit 9,2 Millionen Euro Syrien und Türkei. Dort sehen wir eindrücklich, welche anhaltenden Folgen Krieg und Naturkatastrophen wie Erdbeben haben. Es braucht viel Zeit und Engagement, um die Grundlagen für ein würdevolles Leben wieder aufzubauen. Danach folgen Deutschland mit 6,5 Millionen Euro für die Hochwasserhilfe und Katastrophenvorsorge, die wir über das Quartiersmanagement in den Fokus genommen haben. In Kolumbien setzten wir 5,7 Millionen Euro und in der Ukraine 4,5 Millionen Euro ein. Dort erhalten wir bis heute eine verlässliche und hohe Finanzierung durch das Auswärtige Amt. Für die Hilfe in Gaza haben wir 2,1 Millionen Euro eingesetzt.

Auch wenn wir im vergangenen Jahr all das leisten konnten, spüren auch wir die Veränderungen in der Humanitären Hilfe. Die USA haben sich zu großen Teilen zurückgezogen und die Bundesregierung hatte ihre Mittel massiv um mehr als die Hälfte gekürzt. **Jeder dritte Euro für humanitäre Hilfe wurde weltweit in nur zwei Jahren gestrichen!**

Die Zuwendungen des Auswärtigen Amts an die Diakonie Katastrophenhilfe haben sich 2025 fast halbiert und betrugen 9,8 Millionen Euro. Noch stärker fiel der Rückgang beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus, welches 2,2 Millionen Euro bereitstellte. Einen deutlichen Zuwachs verzeichneten wir hingegen seitens der Europäischen Union. Dank der Programme in Kolumbien stiegen die Bewilligungen auf 5,9 Millionen Euro. Insgesamt aber haben sich die gesamten öffentlichen Mittel um ein Drittel reduziert und lagen 2025 bei 18 Millionen Euro.

Umso wichtiger sind die eingegangenen Spenden, für die ich allen Spenderinnen und Spendern an dieser Stelle ausdrücklich danke. Ihr Beitrag ist immens wichtig, um die Lücke durch

zurückgehende öffentliche Mittel nicht größer werden zu lassen. Mit fast 50 Prozent Anteil an den Gesamteinnahmen sind sie die tragende Säule unserer weltweiten Arbeit.